

Zur aktuellen Situation in Jugoslawien

Jens Reuter, geb. 1942 in Greifenberg/Pommern, Studium der Slavistik, Politischen Wissenschaften und Osteuropäischen Geschichte in Hamburg und Belgrad, ist seit 1977 Referent am Südost-Institut München.

Die separationswilligen Republiken und das serbische Problem

Seit etwa einem Jahr war klar, daß die beiden höchstentwickelten jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien die Föderation verlassen wollten und die Eigenstaatlichkeit anstrebten. Die Motive hierfür waren unterschiedlich. Slowenien hatte die Hoffnung aufgegeben, ganz Jugoslawien in einen demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaat umzuwandeln und sah nur noch die Möglichkeit, die diesbezüglichen politischen Ordnungsvorstellungen auf seinem eigenen Territorium zu verwirklichen. Die Enttäuschung wegen der Unreformierbarkeit Jugoslawiens wurde umgemünzt in eine Art Trotzhaltung: Das kleine Slowenien mit seinen zwei Millionen Einwohnern wollte beweisen, daß es ohne das übrige Jugoslawien lebensfähig ist und den Anschluß an Europa finden kann. Auf dieser Basis entwickelte sich ein starker Nationalismus, der Slowenien und Kroatien mit dem katholischen Abendland gleichsetzte, während für das restliche Jugoslawien die Symbole Orthodoxie, Byzanz, Orient und Bolschewismus standen. Auch in Kroatien bediente man sich dieser Zweiteilung. Doch hier war die Situation anders. Prä-

sident Tudjman hatte von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß er den alten Traum der Kroaten von einem unabhängigen Nationalstaat verwirklichen wollte. An Jugoslawien — in welcher Form auch immer — lag ihm nichts. Die Idee einer Konföderation der jugoslawischen Republiken war für ihn allenfalls das Durchgangsstadium zum selbständigen Staat Kroatien.

Zur Jahreswende 1990/91 erklärten die Führungen Sloweniens und Kroatiens, beide Republiken würden sich zu unabhängigen Staaten erklären, sollte es binnen sechs Monaten nicht gelingen, eine einvernehmliche Lösung über die künftige Ordnung Jugoslawiens zu finden. Slowenien führte im Dezember 1990 ein Plebiszit durch, in dem die Bürger entschieden, ob sie wie bisher in einem Bundesstaat oder in einer Konföderation souveräner Staaten leben wollten. Ein derartiges Referendum fand in Kroatien Ende Mai 1991 statt. Das Ergebnis war in beiden Fällen das gleiche: Eine überwältigende Mehrheit der Bürger stimmte für die konföderative Lösung.

Obwohl Slowenien und Kroatien fest entschlossen waren, der jugoslawischen Föderation den Rücken zu kehren, vermeiden alle offiziellen Erklärungen und Dokumente dieser Republiken den Begriff Sezession oder Abspaltung sorgfältig. Dabei wäre es naheliegend gewesen, sich auf die dem Buchstaben nach noch immer gültige Bundesverfassung von 1974 zu berufen, die den jugoslawischen Völkern in ihrer Präambel ein Recht auf Sezession zusichert. Doch vergleichbar zur sowjetischen Verfassung fehlt jeder Hinweis darauf, wie die Abspaltung praktisch verwirklicht werden soll. Den Weg der Sezession wollte man in Ljubljana ebenso wenig gehen wie in Zagreb, weil man der Meinung war, daß eine Republik, die sich eigenmächtig und einseitig aus dem bisherigen Staatsverband abspaltet, nicht einmal partieller Rechtsnachfolger Jugoslawiens werden kann. Man strebte deshalb nach der einvernehmlichen Auflösung dieses Staates, die den Nachfolgestaaten auch die Rechtsnachfolge gestattet hätte. Der positive Effekt einer solchen Lösung wäre gewesen: Alle Nachfolgestaaten hätten die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (z. B. Vereinte Nationen, KSZE) geerbt und könnten sich grundsätzlich auf alle internationalen Verträge Jugoslawiens berufen.

Der Weg zur Eigenstaatlichkeit war allerdings weder von den slowenischen noch von den kroatischen Politikern gründlich durchdacht worden, zumindest nicht im Hinblick darauf, wie man die internationale Anerkennung letztlich erreichen sollte. Man hatte sich dem Ziel der Selbständigkeit verschrieben und unternahm praktische Schritte zu seiner Verwirklichung, indem man zum Beispiel Zug um Zug alle rechtlichen Bindungen der beiden Republiken an die Föderation kappte. Der jugoslawische Bundesstaat sollte nicht einmal mehr minimale Rechte in Kroatien oder Slowenien besitzen. Bald zeichnete sich ab, daß aus einer einvernehmlichen Auflösung Jugoslawiens nichts werden würde. Die Republik Serbien erklärte unmißverständlich, daß sie Jugoslawien erhalten wissen wollte und daß sie zu einer Auflösung dieses Staates niemals ihr Plazet geben würde. Doch die serbische Politik war zweigleisig. Man verabschiedete eine neue Verfassung, die auf die Bildung eines serbischen National-

Staats hinzuweisen schien. Es war offenkundig, daß Serbien auch für den Fall gerüstet sein wollte, daß sich Jugoslawien nicht länger aufrechterhalten ließ.

Aus serbischer Sicht bedeutete der sich abzeichnende Zerfall Jugoslawiens eine Katastrophe. Das im Ersten Weltkrieg siegreiche Serbien - seit 1830 autonomes Fürstentum und seit 1878 international anerkannter Staat - hatte die Eigenstaatlichkeit 1918 zugunsten des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ aufgegeben. Slowenien und Kroatien hingegen waren keine eigenen Staaten gewesen, sie hatten sich dem Königreich als ehemalige Teile der Habsburger Monarchie angeschlossen. Sollte Jugoslawien nun nach dem Willen von Zagreb und Ljubljana zu Beginn der neunziger Jahre zerfallen, so hätten Kroaten und Slowenen ihren eigenen Staat, während das jugoslawische Volk mit der längsten staatlichen Tradition nicht mehr unter einem Dach leben würde. Für die Serben ist die Vorstellung unerträglich, daß ihre 600 000 Landsleute, die zum Teil schon seit Jahrhunderten auf dem Territorium des heutigen Kroatiens leben und dort 12 Prozent der Bevölkerung stellen, aus Jugoslawien herausgerissen werden und einen kroatischen Paß erhalten.

Hinzu kommen weitere schwere historische Hypothesen. Die unüberwindliche Abneigung der Serben gegen einen kroatischen Nationalstaat hat ihre Wurzel in bitteren Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg. Der „Unabhängige Kroatische Staat“ - von 1941 bis 1945 ein faschistisches Marionettenregime von Hitlers und Mussolinis Gnaden - hat einige hunderttausend Serben in Konzentrationslagern umgebracht, ebenso wie Muslime, Juden und Zigeuner. Das hieraus resultierende Genozidtrauma wirkt nach. Die Serben Kroatiens fühlen sich subjektiv bedroht und eine skrupellose Belgrader Propaganda tut alles, um ihre Ängste zu schüren. Auf der anderen Seite hat General Tudjman mit seiner regierenden „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft“ nichts dazu beigetragen, ihnen diese Ängste zu nehmen. Das Symbol des neuen kroatischen Staates - das Hufeisen mit dem rotweißen Schachbrettmuster - hat eine bis ins Mittelalter zurückreichende Tradition, dennoch erinnert es fatal an die Insignien des faschistischen Ustascha-Staates. Die neue Verfassung Kroatiens hat die Serben aus der Republik verbannt, im Gegensatz zu früher werden sie nicht mehr neben den Kroaten als eigene Nation genannt. Sie sind damit von einer staatstragenden Nation zu einer nationalen Minderheit degradiert worden.

Auch in Bosnien-Herzegowina leben 1,3 Millionen Serben, sie stellen hier 30 Prozent der Bevölkerung. Sollte sich diese Republik als selbständiger Staat konstituieren, wären auch diese Serben aus Jugoslawien herausgerissen und ohne die bisherige enge Verbindung zu ihren Landsleuten in der Republik Serbien. Die drohende Aufspaltung des serbischen Volkes in drei unabhängige Nationalstaaten - Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien - wollte man in Belgrad unter keinen Umständen hinnehmen. „Wir wollen nicht die Kurden des Balkans werden“ - lautet das trotziges Motto, wobei man übersieht, daß die Kurden überhaupt keinen Staat besitzen.

Aus Belgrader Sicht war die Idee, alle Serben unter einem staatlichen Dach zu vereinigen, in Titos Jugoslawien realisiert. Präsident Slobodan Milosevic hat sich zum Ziel gesetzt, diese Idee auch unter den Bedingungen eines auseinanderfaltenden Jugoslawiens durchzusetzen. Dabei ist es für ihn unwesentlich, ob der neue Staat Serbien heißt oder unter der alten Bezeichnung Jugoslawien firmiert. Kroatiens erklärter Wille, sich zum unabhängigen Nationalstaat zu konstituieren und die auf seinem Territorium ansässigen 600 000 Serben zu kroatischen Staatsbürgern zu machen, ist die Negation der serbischen Staatsidee.

Die staatliche Selbständigkeit Sloweniens ist aus serbischer Sicht nicht wünschenswert, aber immerhin tolerabel. Diese Republik hat keine serbische Minderheit, ihre Erhebung zum unabhängigen Staat würde der serbischen Staatsidee nicht widersprechen. Den serbischen Standpunkt zur kroatischen Unabhängigkeit brachte Borisav Jovic, Vertreter Serbiens im jugoslawischen Staatspräsidium, zum Ausdruck. Er sagte im Juni 1991, falls Kroatien sich zum unabhängigen Staat erkläre und seine 600 000 Serben aus Jugoslawien herausreißen wolle, so bedeute dies Krieg. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, daß die Grenzen der Republik Kroatien aus serbischer Sicht rein administrativer Natur sind. Man argumentiert in Belgrad, diese Grenzen seien nach dem Krieg von einer kommunistischen Parteikommission unter der Leitung Titos ohne Rücksicht auf ethnische und historische Gegebenheiten gezogen worden. Wenn man heute in Kroatien das gesamte kommunistische Erbe in Bausch und Bogen verdamme, könne man nicht gut die Entscheidung einer kommunistischen Parteikommission in Ehren halten. Zudem seien die Grenzen Kroatiens, im Unterschied zu den serbischen niemals international anerkannt worden. Dementsprechend könne man die Grenzen eines künftigen kroatischen Nationalstaats erst nach Volksabstimmungen in den strittigen Gebieten der Krajina und Slawoniens festlegen.

Wie zweifelhaft die kroatischen Grenzen auch immer sein mögen, es gibt keine Rechtfertigung dafür, sie mit Gewalt zu ändern. Angesichts der entsetzlichen Bilder des blutigen Krieges mit seinem Flüchtlingselend und den zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung bricht die serbische Argumentation, man verteidige nur die Interessen seines eigenen Volkes, in sich zusammen. In enger Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Volksarmee, die längst zu einem Instrument serbischer Politik geworden ist, sind die Serben zum Eroberungskrieg übergegangen. Sie befolgen eine Politik der vollendeten Tatsachen, um bei künftigen Friedenskonferenzen möglichst viel Manövriermasse für Verhandlungen zu haben. Auch die Idee einer zwangsweisen Wiederherstellung des jugoslawischen Staates mit militärischen Mitteln kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

Eine Kette von Mißverständnissen

Als Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit proklamierten, hatten sie für diesen Schritt den wohl ungünstigsten Zeitpunkt

gewählt, das heißt, sie waren Gefangene des von ihnen selbst sechs Monate zuvor aufgestellten Fahrplans geworden. Die politischen Führungen in Ljubljana und Zagreb schlugen die Warnungen souverän in den Wind, die ihnen von allen Seiten zuzingen. Der jugoslawische Ministerpräsident Markovic drohte, er werde alle Zwangsmittel des Staates gegen die abspaltungswilligen Republiken einsetzen. Serbien drohte mit Krieg, während die übrigen jugoslawischen Republiken eine abwartende Haltung einnahmen. Auch die Haltung der Europäischen Gemeinschaft war eindeutig negativ. Noch im Frühjahr hatte der italienische Außenminister De Michelis seinen slowenischen Gastgebern erklärt: „Meine Herren, in Europa ist kein Platz für neue Staaten, und Sie wollen ja wohl nicht auf einen anderen Kontinent übersiedeln.“

Diese bruske Ablehnung des Unabhängigkeitsstrebens wurde seinerzeit von der gesamten EG, den USA und auch der Sowjetunion geteilt. Im Westen betrachtete man Kroatien und Slowenien mit Sympathie, solange sie Vorkämpfer bei der Zerschlagung des kommunistischen Systems in Jugoslawien waren. Als sie sich jedoch anschickten, auch den jugoslawischen Staat selbst zu zerschlagen, stießen sie auf Ablehnung. Bei seinem Besuch in Belgrad hatte der Vorsitzende der EG-Kommission Jacques Delors noch im Juni erklärt: „Die Frage der Anerkennung einer einseitigen Abspaltung stellt sich nicht. Die Zwölf werden Teilen eines zerfallenen Jugoslawien keinerlei Finanzhilfe gewähren.“

Auch auf dem KSZE-Treffen in Berlin im Juni dieses Jahres war festgestellt worden, es sei unerlässlich, die geographische Identität Jugoslawiens zu wahren. Doch die abspaltungswilligen Republiken ließen sich von ihrem Plan nicht abbringen. Sie vertrauten auf die normative Kraft des Faktischen. Die einmal vollzogene Trennung vom jugoslawischen Bundesstaat - so kalkulierten sie - werde im In- und Ausland zunächst verbal verurteilt, dann schweigend hingenommen und später offiziell anerkannt werden. Ministerpräsident Markovic, die Armeeführung und Serbiens Präsident Milosevic begingen ihrerseits einen fatalen Fehler, als sie sich für den Einsatz der Armee in Slowenien entschieden. Sie rechneten auf das geheime Einverständnis der Europäischen Gemeinschaft und der USA, die sich in zahlreichen Erklärungen für ein einheitliches Jugoslawien ausgesprochen hatten. Die tragische Bilanz der kriegerischen Auseinandersetzungen in Slowenien: 56 Tote und 287 Verletzte, die meisten davon auf Seiten der Bundesarmee. Staunend verfolgte die Welt, wie sich eine hochmotivierte Territorialverteidigung gegen eine wohlgerüstete Armee behauptete. Was die Welt nicht wußte: Die Soldaten der Bundesarmee hatten weder einen Schießbefehl noch die zum Schießen erforderliche Munition. Das gilt zumindest für die Truppen, die abkommandiert waren, um die slowenischen Grenzübergänge zu besetzen. Man hatte nicht mit Widerstand gerechnet, und so wurde die Aktion wie eine innerjugoslawische Truppenverlegung gehandhabt, bei der man ebenfalls keine scharfe Munition ausgibt. Bewaffnet waren demnach nur die Truppen in den Kasernen, im Gegensatz zu den bereits ausgerückten Einheiten. Die Aufmarschpläne der

Armee waren zudem in slowenischer Hand. Im Bundesverteidigungsministerium beschäftigte Slowenen hatten sie nach Ljubljana gemeldet. So agierte die Armee in Slowenien - bildlich gesprochen - mit angezogener Handbremse. Gleichzeitig kannte der Gegner jede Aktion im voraus. Hätte die jugoslawische Armee wirklich Krieg geführt, das heißt, bedenkenlos all ihre militärischen Mittel eingesetzt, dann wäre aus Slowenien - wie ein Militärexperte bemerkt hat - innerhalb von drei Tagen ein einziger Friedhof geworden.

Ein serbisches Bauernopfer

Mitte Juli 1991 beschloß das vom „serbischen Quartett“ (den Vertretern Serbiens, Montenegros, Kosovos und der Vojvodina) beherrschte jugoslawische Staatspräsidium völlig überraschend, die Truppen der Volksarmee aus Slowenien abzuziehen. Serbiens Vertreter im Staatspräsidium Borisav Jovic erklärte gegenüber dem Belgrader Fernsehen, die jugoslawische Armee wolle nicht in einem Landesteil stationiert sein, in dem man sie als Besatzer betrachte. Diese Aussage klang zynisch, wenn man bedenkt, daß zu diesem Zeitpunkt 70 000 Soldaten der Armee in Kroatien standen, die von der Bevölkerung dieser Republik ohne jeden Zweifel als Besatzer angesehen wurden.

Der Truppenabzug bedeutete aus serbischer Sicht nicht mehr als ein Bauernopfer. Die nach Bosnien-Herzegowina und nach Serbien verlegten Truppen waren jetzt für den eigentlichen Feind Kroatien eine größere Bedrohung als vorher.

“?

Deutlicher als zuvor zeichnete sich jetzt die enge Verbindung zwischen dem Offizierskorps der Armee und der Republik Serbien ab. Das zu zwei Dritteln aus Serben bestehende Offizierskorps, das der kommunistischen Ideologie noch immer sehr stark verhaftet ist, erblickt in Serbien und seinem Präsidenten Milosevic einen natürlichen Verbündeten. In Serbien wohnen nicht nur die Landsleute der Offiziere, sondern hier wird auch die sozialistische Ordnung noch einigermaßen hochgehalten. Ideologische Nähe - immerhin waren noch vor zwei Jahren 96 Prozent aller Offiziere Mitglieder im Bund der Kommunisten - und nationale Identität fungieren als das einigende Band zwischen der Armee und der Republik Serbien. Wenn sich die Offiziere serbischer Nationalität fragen, wer nach Abschaffung der Volksarmee ihr Dienstherr sein und ihnen Gehalt zahlen wird, so richten sich ihre Augen automatisch auf Serbien. Diese Republik erscheint ihnen nicht nur als der legitime Erbe Jugoslawiens, sondern auch seiner Volksarmee. Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß die Armee niemals ihrer selbsterklärten Rolle gerecht wurde, sich als neutraler Puffer zwischen die kämpfenden Serben und Kroaten zu stellen.

In diesem Zusammenhang muß unterstrichen werden, daß sich die Republik Serbien offiziell nicht im Krieg mit Kroatien befindet. Welches sind dann die kämpfenden Parteien? Auf kroatischer Seite bietet sich ein relativ klares Bild. Hier kämpft die Nationalgarde und die Miliz; hier kämpfen aber auch kroatische Freischärler, die aus besonders zuverlässigen Mitgliedern der

regierenden „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft“ rekrutiert und bewaffnet wurden. Hinzu kommen autonome kroatische Freischärler, die zirka 5 Prozent der Kämpfer ausmachen und vor allem von der kroatischen Emigration finanziert werden. Auf der serbischen Seite kämpfen die in Kroatien ansässigen Serben, die sich zu Freischärlern organisiert und ihre Frauen und Kinder nach Serbien geschickt haben. Diese Kämpfer sind keine Tschetniks oder Cetnici, dieser Name ist den besonders skrupellosen faschistischen Anhängern des selbsternannten „Heerführers“ Vojislav Seselj oder des berüchtigten „Kapetan Dragan“ vorbehalten. Tschetniks machen jedoch nur 5 Prozent der Kämpfer aus. Verwirrung herrscht deshalb, weil die Kroaten ihre serbischen Feinde durchweg als Tschetniks bezeichnen, und weil auch die Serben von ihren Kriegsgegnern nur als „Ustasche“ reden.

Die Armee, deren Aufgabe es eigentlich wäre, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und für die Einhaltung der immer wieder beschlossenen Waffenstillstände zu sorgen, ist inzwischen eindeutig Partei in diesem Kampf. Sie führt offiziell Krieg gegen Kroatien, unterstützt die serbischen Landsleute mit Nahrungsmitteln und Munition und kommt ihnen in bedrängten Situationen zur Hilfe. Sie stellt den serbischen Freischärlern auch ihren Nachrichtendienst zur Verfügung, so daß diese über alle Truppenbewegungen des Gegners vorab informiert sind. Ein völlig neues Element ist auch, daß die Armee durch die Einbeziehung der Marine in den Krieg eine zweite Front eröffnet hat.

Während die Armee in den Mannschaftsdienstgraden früher multinational zusammengesetzt war und deshalb als unzuverlässig galt, ist sie jetzt mehr und mehr dabei, sich zu serbisieren. Im Juli 1991 rückten nur noch 50 Prozent der Wehrpflichtigen ein, denn nicht Slowenen und Kroaten allein waren es, die keine Rekruten mehr stellten. Auch Makedonien und Bosnien-Herzegowina weigerten sich, Rekruten zur Bundesarmee zu entsenden. Seit kurzem werden einrückende serbische Rekruten gefragt, ob sie nur innerhalb oder auch außerhalb Serbiens Dienst tun wollen. Entsprechend ihrer Antwort werden sie dann entweder der serbischen Territorialverteidigung oder der Bundesarmee zugeteilt. Diese relativ großzügige Praxis kann man sich leisten, weil es für die militärischen Operationen in Kroatien genügend Soldaten gibt.

Mit ihrer planmäßigen Unterstützung der serbischen Freischärler hat die Armee entscheidend dazu beigetragen, daß die Republik Kroatien die Kontrolle über 40 Prozent ihres Territoriums verloren hat. Die Luftwaffe wurde bisher nur sporadisch eingesetzt. Zum befürchteten Flächenbombardement kroatischer Städte ist es bisher nicht gekommen. Offizielles Kriegsziel der Armee ist es jetzt, die von der Wasser- und Nahrungsmittelzufuhr abgeschnittenen Kasernen in Kroatien zu befreien. Es versteht sich von selbst, daß die Militärs sehr viel weitergehende Ziele im Auge haben. Doch welche sind es? Geht es „nur“ um die Amputation Kroatiens, das heißt die Abschneidung Slawoniens und Dalmatiens von dieser Republik? Zweifel sind erlaubt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch um die Republik Bosnien-Herzegowina eine Art serbischer Militärring gezogen ist.

Seit dem 25. Juni 1991 hat der Krieg in Jugoslawien etwa 500 Todesopfer und fast 2 000 Verletzte gefordert. Jetzt zeichnet sich trotz des Waffenstillstands vom 22. September die Gefahr eines Flächenbrandes ab. Sollte Bosnien-Herzegovina in den Krieg einbezogen werden, hätte das unabsehbare Auswirkungen wegen der multinationalen Struktur dieser Republik. 42 Prozent der Bevölkerung sind hier Muslime, die in den sechziger Jahren in den Rang einer staatsbildenden Nation erhoben wurden. 30 Prozent der Bevölkerung stellen die Serben, während 18 Prozent Kroaten sind. Das ist eine explosive Mischung - nicht allein wegen des kroatisch-serbischen Gegensatzes. Bosnische Muslime wurden im Zweiten Weltkrieg in großer Zahl von serbischen Tschetniks liquidiert, so daß auch hier eine historische Todfeindschaft besteht.

Die Internationalisierung der jugoslawischen Krise

Dem Krieg in Jugoslawien wollte die europäische Öffentlichkeit nicht tatenlos zusehen. Zunächst erprobte man den gerade den Windeln entwachsenen Streitbeilegungsmechanismus der KSZE, der sich jedoch als wirkungslos erwies, weil er keine effektiven Instrumente besitzt. Er kann zwar ohne Zustimmung der Konfliktparteien in Gang gesetzt werden, doch besitzt die KSZE weder das Recht zur Intervention noch Streitkräfte, die dieses Recht verwirklichen könnten. Da die KSZE sich ihrer Ohnmacht rasch bewußt wurde, betraute sie zwölf ihrer Mitglieder mit der Mission, den Konflikt in Jugoslawien beizulegen. Diese zwölf sind die zwölf EG-Staaten. Im KSZE-Auftrag liegt überhaupt die rechtliche Grundlage dafür, daß sich die EG als Friedensstifter in einem Land betätigt, daß der Gemeinschaft nicht angehört.

Es zeigte sich sehr rasch, daß die EG noch keine gemeinsame Außenpolitik hat und daß ihr Erfahrungen auf dem Gebiet des Krisenmanagements völlig fehlen. Ein gerüttelt Maß an Unkenntnis im Hinblick auf die Besonderheiten des Vielvölkerstaats erwies sich ebenfalls als äußerst hinderlich. Zur jugoslawischen *Krise* hatte die EG eine einheitliche Linie gefunden - sie hielt an der Fiktion eines einheitlichen jugoslawischen Staates fest. Der *Krieg* in Jugoslawien aber wirkte polarisierend, so daß Spaltungen und Widersprüche unter den EG-Mitgliedsstaaten offen zutage traten. Für das Krisenmanagement besitzt die EG nicht einmal ein Minimum der notwendigen Instrumente. Es gibt keine umfassenden Aufklärungssysteme, die feststellen können, was auf dem Kriegsschauplatz tatsächlich geschieht. Es gibt keinen Stab, der diese Nachrichten aufnehmen und verarbeiten könnte, und natürlich gibt es keine Streitkräfte, die intervenieren könnten, wenn dies ein EG-Sicherheitsrat - den es ebenfalls nicht gibt - für erforderlich halten sollte.

Da sich die EG und auch die von ihr einberufene Friedenskonferenz von Den Haag als machtlos erwies, scheint die Anrufung des UN-Sicherheitsrats durch Österreich und Kanada auf den ersten Blick plausibel. UN-Kampftuppen könnten nach Art. 42 der UN-Charta auch dann ins Kampfgebiet entsandt werden, wenn nicht alle in den Konflikt involvierten Parteien ihre

Zustimmung dazu gäben. Doch es sind praktisch-politische Erwägungen, die einen derartigen Schritt nicht als effiziente Lösung erscheinen lassen. Zunächst einmal würde ein Streit darüber entstehen, ob man Kroatien (und Slowenien) nicht diplomatisch anerkennen müßte, bevor man den Fall vor den UN-Sicherheitsrat bringt. Es geht um die Alternative, auf welcher Grundlage der Sicherheitsrat tätig werden soll: Gefährdung des Weltfriedens durch die Vorgänge in Jugoslawien oder Konflikt zwischen Staaten? Für das zweite wäre die Anerkennung wohl unerläßlich. Doch in welchen Grenzen sollte man Kroatien anerkennen? Wenn man es in den Grenzen der jetzigen Republik tut, weckt man Hoffnungen, die man nicht einlösen kann. Denn wer sollte den Kroaten die von ihnen beanspruchten Grenzen mit Waffengewalt verschaffen?

Die Internationalisierung der jugoslawischen Krise ist den slowenischen Zielen dienlich gewesen. Eine Herauslösung dieser Republik aus dem jugoslawischen Staatsverband, die auch international akzeptiert wird, scheint jetzt eher möglich als vor dem 25. Juni. Zu den vorläufigen Verlierern gehört Kroatien mit seinen erheblichen territorialen Verlusten. Und doch war und ist Kroatien der eifrigste Verfechter einer Internationalisierung. Angesichts des serbischen Drucks und der eigenen militärischen Schwäche bheb Präsident Tudjman nichts anderes übrig, als an Europa zu appellieren. Kroatien mußte sich von Anfang an als das unschuldige Opfer einer brutalen Aggression darstellen, wollte es darauf hoffen, sein Ziel der Bildung eines unabhängigen Nationalstaates in den Grenzen der Republik jemals zu erreichen. Schon längst wird in den kroatischen Stellungnahmen erkennbar, daß Zagreb sein Schicksal in die Hände der EG gelegt hat. Und was immer dieses Schicksal sein wird, die Kroaten werden nicht sich selbst, sondern die EG dafür verantwortlich machen. Allem Anschein nach kann die EG diese in ihre Hände gelegte Verantwortung nur schwer oder gar nicht tragen.